

## Medienkonferenz

Freitag, 31. August 2018

Es gilt das gesprochene Wort

# Als Handelspartner attraktiv bleiben

Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Wer im heutigen Welthandelssystem erfolgreich sein will, muss innenpolitisch für gute Standortbedingungen sorgen – und mit Sicht auf die Aussenwirtschaftspolitik für den notwendigen Verhandlungsspielraum.

Nun liegen in der Schweiz einige politische Begehren auf dem Tisch, die genau das Gegenteil wollen und entweder auf Marktabschottung abzielen oder diese zumindest billigen. Damit gefährden sie die Errungenschaften der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte und verringern die Attraktivität der Schweiz als Wirtschaftsstandort und als Handelspartner.

Drei solche Vorhaben gelangen in den nächsten Wochen und Monaten zur Volksabstimmung. Am 23. September stimmen wir über die **Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität»** der Bauerngewerkschaft Uniterre und über die **Fair-Food-Initiative** der Grünen ab. Beide Initiativen fordern mehr Staatseingriffe, bevormunden Konsumentinnen und Konsumenten und führen zu höheren Preisen und weniger Auswahl bei den Lebensmitteln. Sie zwingen den Staat, einen teuren Kontrollapparat aufzubauen und sie sind wirtschaftsfeindlich, weil sie mit Importverboten und neuen Handelshemmnissen internationales Recht und unser Landwirtschaftsabkommen mit der EU verletzen. Damit provozieren sie Gegenmassnahmen – zum Beispiel bei den Schweizer Käseexporten – und riskieren eine Benachteiligung von Schweizer Unternehmen durch andere Länder. So ist der für unsere Exportunternehmen überlebenswichtige Marktzugang auf der ganzen Welt bedroht. Deshalb sagt eine breite Allianz von Parteien und Wirtschaftsverbänden zweimal Nein zu den Agrar-Initiativen.

Am 25. November dann stimmen wir über die **Selbstbestimmungsinitiative** der SVP ab. Die SBI schafft eine permanente Rechtsunsicherheit, indem sie mit internationalen Rechtsgrundsätzen bricht und die rechtliche Rahmenordnung der Schweiz destabilisiert. Für die Wirtschaft hätte eine Annahme der SBI weitreichende Folgen: Sie würde Hunderte von Wirtschaftsabkommen unter Dauervorbehalt stellen. Diese Abkommen sichern heute der Exportnation Schweiz den Zugang zu ihren Absatzmärkten. Der Ruf der Schweiz als verlässliche Vertragspartnerin wie auch als attraktiver Wirtschaftsstandort wird geschwächt, wenn die Einhaltung von internationalen Abkommen nicht mehr garantiert werden

kann. Die Schweiz würde sich international isolieren, was künftige Verhandlungen von Wirtschaftsabkommen massiv erschwert. Bei der SBI geht es um die Grundsatzfrage: Offenheit und Vernetzung oder Abschottung und Isolation? Die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolgs immer wieder aufs Spiel zu setzen, führt zu konstanter Unsicherheit und schadet damit dem Wirtschaftsstandort Schweiz. economiesuisse engagiert sich überzeugt für gute Rahmenbedingungen in der Schweiz und für den Erhalt der internationalen Vernetzung unseres Landes. Deshalb sagen wir Nein zur SBI – wie Bundesrat, Parlament, die meisten Parteien und Wirtschaftsverbände.

Und im Frühjahr 2019 steht möglicherweise auch die Referendumsabstimmung über das **Schweizer Waffenrecht** an. Verschiedene Kreise versuchen derzeit, das Waffenrecht aufzuweichen. Dabei riskieren sie, dass wir das Schengen-Abkommen nicht mehr einhalten. Käme es nach einer Ablehnung des neuen Waffenrechts zu keiner Einigung mit der EU, würde das Abkommen ausser Kraft treten und damit auch das Dublin-Übereinkommen. Die Schweiz würde sich im sicherheits- und asylpolitisch vernetzten Europa komplett isolieren – mit massiven Mehrkosten und Sicherheitsrisiken. economiesuisse setzt sich deshalb für ein Schengen-konformes Waffenrecht ein.

Ein zentrales Dossier in der Aussenwirtschaftspolitik unseres Landes ist das **Rahmenabkommen mit der EU**. Die Wirtschaft unterstützt die Verhandlungen über ein solches Rahmenabkommen, denn die Schweiz braucht stabile Beziehungen zu ihrem mit Abstand wichtigsten Handelspartner. Das aktuelle Handelsvolumen für Waren und Dienstleistungen zwischen der EU und der Schweiz beläuft sich auf über 450 Milliarden Franken. Intensiv sind auch die gegenseitigen Direktinvestitionen: Der Kapitalbestand Schweiz-EU und EU-Schweiz beläuft sich auf rund 1'390 Milliarden Franken. Es gibt kaum ein Schweizer Exportunternehmen, das nicht in irgendeiner Weise wirtschaftlich mit einem EU-Mitgliedstaat verbunden ist. Ein gutes Rahmenabkommen schafft in dieser Hinsicht Rechtssicherheit für die Schweizer Wirtschaft. Betroffen sind – zumindest nach Ansicht der Schweiz – fünf Marktzu-gangsabkommen: Technische Handelshemmnisse, Landverkehr, Luftverkehr, Agrarabkommen, Personenfreizügigkeit. Diese sind für die Wirtschaft von grosser Bedeutung.

Ohne ein Rahmenabkommen wird die Weiterentwicklung unserer Beziehungen zur EU in Frage gestellt. Die heutigen bilateralen Abkommen würden sukzessive an Qualität einbüßen und der Zugang zum europäischen Binnenmarkt nach und nach schlechter werden. So würde die Schweiz für international tätige Unternehmen an Standortattraktivität einbüßen.

Wir fordern deshalb die Gewerkschaften und die politischen Parteien auf, ihre Verantwortung im Interesse der gesamten Volkswirtschaft wahrzunehmen und Hand zu bieten für konstruktive Lösungen. Damit die für die Investitionsentscheide der Unternehmen so wichtige Rechtssicherheit endlich wiederhergestellt ist. Dabei geht es auch um Investitionen in Arbeitsplätze.